

Pädagogik gegen Rechts: Argumentationshilfen

von Johannes Schillo

Der Kampf „gegen Rechts“ – gegen Radikalisierung schlechthin – gilt zur Zeit als zentrales demokratisches Anliegen, um das sich Politikbetrieb, Staatsschutz, Medien und Zivilgesellschaft zu kümmern haben, natürlich auch die Pädagogik. Die Bundesrepublik hat es ja überhaupt mit der Daueraufgabe zu tun, den „Anfängen“ zu „wehren“. Dass dabei Bildung und Erziehung mit Breitenarbeit gefragt sind – allerdings nicht an erster Stelle, da Repression und Ausgrenzung Vorrang haben –, betonen alle maßgeblichen Instanzen, inklusive politische Parteien; bis auf die AfD, versteht sich, die darin einen „Kult mit der Schuld“, eine einseitig ausgerichtete, quasi auf den Kopf gestellte „Erinnerungskultur“ und ein verfälschtes Bedrohungsszenario sieht (vgl. Schillo 2017).

Das pädagogische Engagement in den verschiedenen Bildungsabteilungen leidet jedoch darunter, dass es der staatlichen Ausgrenzungsstrategie untergeordnet ist. Aufklärung wird dadurch behindert. Dieser Mangel ist ausführlich Thema in der neuen Arbeitshilfe der Hochschullehrer Rolf Gloël, Kathrin Gützloff und Jack Weber („Gegen Rechts argumentieren lernen“, VSA, 2017). Sie kritisiert aber nicht nur den Mainstream der Pädagogik und die dazugehörigen sozialwissenschaftlichen Konstruktionen, sondern zeigt sich konstruktiv: Sie wartet mit einem eigenen Argumentationsleitfaden auf, der unmittelbar für die Bildungspraxis verwertbar ist – natürlich nur unter der Voraussetzung, dass diese sich traut, von gängigen Idealisierungen der hiesigen Republik als dem absoluten Gegenbild der recht(sradikal)en Bestrebungen Abstand zu nehmen.

Ausgrenzen oder überzeugen?

„Wer sich als in der politischen Bildung Tätiger die kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Positionen vornimmt, braucht eine klare argumentative Basis“, schreiben Gloël und Co. in der Einleitung ihres Buchs und nennen als Haupterfordernisse: „Wissen um die Grundelemente nationalistischen und rassistischen Denkens sowie Argumentationsmuster, die geeignet sind, dessen Dummheit und Schädlichkeit nachzuweisen.“ (Gloël u.a. 2017, 12) An diesen Bedarf knüpften etliche Handreichungen und Argumentationshilfen zu den Themen Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalsozialismus an. Jedoch konstatieren die Autoren zwei gravierende Mängel: „Manche Argumentationshilfen legen dermaßen viel Wert auf Selbsterfahrung, Selbstreflexion und das Einüben kommunikativer Muster, dass vor lauter Rollenspielen und Übungen in Gesprächsführung die Auseinandersetzung mit den politischen Inhalten zu kurz kommt. Andere Veröffentlichungen wenden sich explizit der Auseinandersetzung mit

rechtsradikalen Positionen zu, setzen sich dabei aber oftmals nur mit Teilaspekten des Themenbereichs auseinander, die zudem ebenfalls die Tendenz haben, vom politischen Gehalt rechtsextremer Überzeugungen wegzuführen.“ (Ebd.)

Die Schwierigkeiten, die die Bildungsarbeit mit einer Kritik des Rechtstrends hat, macht exemplarisch etwa der neue Sammelband „Ruck nach rechts?“ von Björn Milbradt und Kollegen deutlich. Er ist aus einer Ringvorlesung gegen Rechtsextremismus an der Universität Kassel hervorgegangen und diskutiert theoretische Zugänge zu Fremdenfeindlichkeit/Rassismus, um abschließend den Blick auf „Gegenstrategien in Bildungsarbeit und Alltag“ zu richten. Die Herausgeber des Bandes sehen im Rechtstrend einen „regressiven“ Rückschlag der Moderne, dem dadurch zu begegnen sei, dass man die repressiven gesellschaftlichen Potenziale offen lege und der Reflexion zugänglich mache. „Die Grundlage hierfür muss insbesondere der Bildungssektor schaffen, der möglichst *allen* Menschen ein vertieftes Verständnis moderner Gesellschaften ermöglichen sollte“ (Milbradt u.a. 2017, 10), heißt es dazu in der Einleitung. Diese fasst gleichzeitig den Schluss des Praxisteils über Argumentationsstrategien in der These zusammen, „dass überzeugte Rechtsextreme durch Argumente nicht zu erreichen sind“ (ebd., 13). Die paradoxe Position gibt den Konsens wieder, der auf weite Strecken die politische Bildung bestimmt.

Man muss hier jedoch differenzieren. Das tut auch der Autor des erwähnten Beitrags, Cristopher Vogel vom Mobilem Beratungsteam Hessen, auf den sich Milbradt und Co. mit ihrem Resümee beziehen. Vogel bejaht z.B. grundsätzlich die Möglichkeit des Argumentierens (ebd., 191), wobei er weniger auf den pädagogischen Dialog als auf die alltägliche Praxis (ebd., 199) setzt. Erst nach dieser grundsätzlichen Feststellung kommt bei ihm die Skepsis gegenüber diskursiven Bildungsbemühungen zum Ausdruck. Auch Floris Biskamp will z.B. gleich „Möglichkeiten und Grenzen“ politischer Bildung gegen rechts ausloten, und Eva Georg umreißt die inneren Schwierigkeiten rassismuskritischer Bildung. Diese könne nicht damit antreten, „dass es ein ‚richtiges Verhalten‘, z.B. im Umgang mit ‚Kultur‘, zu erlernen gäbe“ (ebd., 187). Verständlich ist die skeptische Haltung etwa im Blick auf den verbreiteten politischen Erwartungsdruck, der die Adressaten der Bildungsarbeit in Demokraten „umzupolen“ hoffe (ebd., 154), indem man z.B. den „Knopf“ betätigt, „der unerträgliche Argumente abstellt“ (ebd., 199). Auch kann man nachvollziehen, dass Pädagogen die verschiedenen Zielgruppen, auf die sie ihre Bildungsanstrengungen richten, nach ihren Erfolgchancen sortieren und differenziert in den Blick nehmen: Einer rechtsradikalen Aktivistin z.B., die das Geschwätz nicht mehr hören mag und zur Tat schreiten will, kann man natürlich nicht mit Argumenten kommen. Auch ist es sinnvoll, worauf Georg besonderen Nachdruck legt, den eigenen pädagogischen Standort zu reflektieren.

„Konkrete Argumentationsstrategien“ (ebd., 167), die Biskamp ankündigt, findet man in den praxisorientierten Beiträgen der aktuellen Publikation allerdings nicht. Die eigenartige

Leerstelle hängt nicht nur mit dem politischen bzw. politologischen Vorgaben, sondern auch damit zusammen, dass die modernen didaktischen Trends, etwa konstruktivistische Ansätze oder sozialpsychologische Vorurteilsforschung, die die wichtige Orientierungsleistung von Stereotypen und individuell konstruierten Deutungsmustern herausstellen, in dem hier zur Debatte stehenden Kontext alles andere als hilfreich sind. Denn sie bestärken eher die Zweifel an der Möglichkeit rationaler Auseinandersetzung. Eine konkrete Strategie muss sich aber auf den betreffenden Standpunkt einlassen, was ein Ernstnehmen des politischen Inhalts bedeutet. Das steht quer zu den Ansätzen, die in Rassismus und Nationalismus primär eine Regression, eine psychologische Fehlentwicklung, sehen, der eher therapeutisch (oder mit einem Aufenthalt in einer geschlossenen Anstalt) zu begegnen sei.

Wie argumentieren?

Für eine Bildungsarbeit, die die politische Auseinandersetzung ermöglichen und führen will, hat es schon eine Reihe von Anstößen gegeben. In den letzten Jahren entstanden diverse Handreichungen und Anleitungen – von Klaus Ahlheims Kritik ausländischer Vorurteile (Ahlheim/Heger 1999, Ahlheim 2007) und Klaus-Peter Hufers Argumentationstraining gegen Stammtischparolen (Hufer 2000) bis zu dem genannten Leitfaden „Gegen Rechts argumentieren lernen“ von Gloël und Gützlaff, dessen erste Ausgabe 2005 erschien und der jetzt in dritter, überarbeiteter Auflage unter Mitwirkung weiterer Autoren (das 5. Kapitel wurde von Malte Thran erstellt) herausgekommen ist. Die Neuauflage wurde „leider“ – wie es im Vorwort heißt – nötig, da sich das Problem des Rechtstrends nicht erledigt hat. Erfreulich war für die Autoren natürlich die große Nachfrage nach ihrem Konzept. Bei diesem Thema hat es die politische Bildung ja tatsächlich geschafft, in gewissem Rahmen Bestseller zu produzieren. Der Klassiker, Hufers Argumentationstraining, das dem Stammtisch, d.h. dem Argumentationstypus der dort beheimateten Parolen, den Kampf ansagte, erschien in hohen Auflagen und fand sogar in den Tagesthemen oder der Bildzeitung Erwähnung.

Hufer geht es um die vereinfachenden Slogans, hinter denen „vorurteilsbehaftete Weltdeutungen, aggressive Verhaltensweisen und Potenziale sowie die Neigung zum autoritären Charakter“ stehen (Hufer 2000, 78), wobei Letzteres gleich wieder die Orientierung seines Trainingskonzepts an einer sozialpsychologischen Interpretation des Problems deutlich macht. Gedacht ist die Handreichung für diejenigen, die sich alleine oder in Gruppen argumentativ fortbilden wollen, weil sie in Gesprächssituationen eine Blockade erfahren. Sie erhalten hier einen Einblick in diskursive Muster und Verfahrensweisen, damit sie in die Lage versetzt werden, aktiv eigene Diskussionsstrategien zu planen und einzuüben. Hufers Trainingskonzept knüpft also an Rhetorik-Schulungen und Ähnliches an, will aber das formale, auf äußerliche Effekte setzende Redetraining überwinden und das Seminarprogramm gleichzeitig am Bedarf der Adressaten orientieren. Das Interesse, sich gesprächsmäßig als durchsetzungsstarker Typ zu qualifizieren, ist ja durchaus vorhanden

und wird auch in kommerziellen Angeboten bedient. Hufer hat dies aufgegriffen und stellt es in einen politischen Kontext.

Dabei erweist sich jedoch das themenbezogene Argumentationskonzept selber als diskussionswürdig. Als Erstes fällt auf, dass der harte Kern der Sachauseinandersetzung auf wenig mehr als drei Seiten – unter „inhaltliche Vertiefung“ (ebd., 47-51) – abgehandelt wird. Zugespitzt formuliert: Argumentieren will dieser Ansatz eigentlich weniger. Das, was man bei einer inhaltlichen Kontroverse als bloßes Beiwerk zu verstehen wäre (Hinweise zu Kontexten und persönlichen Hintergründen, Ermahnungen zur Disziplin etc.), wird hier zur Hauptsache. Auf gut hundert Seiten wird darüber verhandelt, wie mit Menschen umzugehen ist, die auf vereinfachende Parolen hereingefallen sind. Der Hauptaufwand zielt also auf die Frage, mit wem man es hier zu tun hat. Das Training besteht gewissermaßen aus einem fortlaufenden *argumentum ad hominem*.

Dann werden Stammtischparolen identifiziert, bevor überhaupt der Nachweis geführt wurde, dass es sich um solche handelt – dass sie also auf Vorurteilen statt auf einem Urteil beruhen. Die einzelnen Fälle (siehe die Liste: ebd., 29-31) werden eher beispielhaft oder versuchsweise genannt: So könnten einschlägige Parolen aussehen! Die Liste hat sich laut Auskunft des Autors aus Seminarerfahrungen ergeben, wo Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Meinung waren, dass solche Statements nicht seriös sind, sondern als stammtischverdächtig eingestuft werden müssen. Der Genese solcher Bewertungen nachzugehen wäre eine interessante Aufgabe. Man würde sicher in vielen Fällen darauf stoßen, dass die monierten Aussagen einen nationalen Konsens formulieren, der bloß in volkstümlich-plakativer oder aggressiver Form vorgetragen wird. Daher passt der von Hufer verwendete Terminus „Vereinfachung“. Die Popularität der Parolen, ihr Konsenscharakter, qualifiziert sie als einfach und verständlich, macht sie damit inhaltlich so schwer angreifbar. Und daher resultieren wohl auch die erfahrenen Blockaden – denn wer will sich außerhalb dieses Konsenses stellen? Und wer kann das als begründete Position durchhalten?

In Hufers Liste findet sich etwa folgendes Beispiel einer Stammtischparole: „Wer bei uns fleißig/tüchtig ist, der bringt es auch zu etwas“ (ebd.). Der Satz figuriert als Vorurteil, dabei wäre er als anerkannte Maxime der sozialen Marktwirtschaft, als passender Textbaustein von der Regierungserklärung bis zur Abiturfeier einzustufen. In der modernen Fassung von der Wissensgesellschaft hat er für die Bildungsszene zentrale Bedeutung erlangt, etwa in dem Sinne, dass die Anstrengungen des Humankapitals, sich selbstgesteuert & lebenslang zu qualifizieren, über das Schicksal des Einzelnen entscheiden. Hier wäre die inhaltliche Auseinandersetzung besonders spannend, aber das Argumentationstraining nimmt sich auf den besagten drei Seiten lieber Sprüche (über die Ausländer, die Juden und die Dritte Welt) vor, von denen ein guter Deutscher weiß, dass sie sich nicht gehören. An solchen Stellen werden eher Probleme der demokratischen Anstandswahrung diskutiert: Es gibt Dinge, die man nicht sagen soll – beim Thema Holocaust, wegen StGB, auch nicht sagen darf. Am

Stammtisch aber – die ‘enthemmende Wirkung des Alkohols’ ist ja bekannt – lassen sich viele Leute gehen. Anständige Deutsche reißen sich zusammen und gehen zur VHS, wo Hufer, ehemals Dozent an der Volkshochschule Viersen, sein Konzept zu einem Erfolgsmodell gemacht hat.

Der untergeordnete Stellenwert der inhaltlichen Auseinandersetzung im vorgestellten Konzept ist, wie gesagt, nicht zufällig, hier macht sich auch eine maßgebliche Strömung der pädagogischen Debatte bemerkbar. Gründe und Gegen Gründe im Falle einer politischen Sache zu diskutieren und sich als Verantwortlicher für den Bildungsprozess darauf inhaltlich vorzubereiten – sowie entsprechende Veröffentlichungen präzise auf diese Aufgabe abzustellen –, erscheint als ein obsoletes, an der Wissensvermittlung orientiertes Verfahren. An dieser Stelle kommt bei Hufer die Stoßrichtung einer konstruktivistischen Didaktik zur Geltung, von der er sich sonst distanziert. Eine Erwachsenenpädagogik z.B., die sich auf sachliche Begründungen und Wissen beruft und damit der Überzeugung des Teilnehmerkreises gegenübertritt, gilt nach solchen didaktischen Postulaten als Vergewaltigung der bekannten „unbelehrbaren“ Erwachsenen. In der Konsequenz wird nicht nur „die Intentionalität politischer Bildung erheblich relativiert“, sondern überhaupt „verliert ein materialer Bildungsbegriff an Bedeutung zu Gunsten einer formalen Bildung“ (Siebert 2000, 14). Eine solche Pädagogik will natürlich, wie Horst Siebert explizit festhält, keine inhaltliche Auseinandersetzung mehr führen: „Dass Konstruktivisten nicht von einem ‚Abbau von Vorurteilen‘ oder einer ‚Kritik des falschen Bewusstseins‘ sprechen, ist evident.“ (Ebd.)

Ausgangspunkt eines politischen Argumentationstrainings muss aber der Tatbestand sein, dass man es mit einem Vorurteil statt einem Urteil zu tun hat. Die mögliche Scheidung zwischen beiden – die den pädagogischen Bemühungen erst Sinn verleiht – ist hier vorausgesetzt; das Urteil, das sich auf die Sache stützt, kann vom Vorurteil, das auf Voreingenommenheit und fehlerhafter Erkenntnis beruht, unterschieden werden. Das führt zu der Banalität, dass sich ein voreingenommener Mensch belehren lassen muss. Natürlich ist die Wahrheit kein Ding, das vorrätig gehalten wird und nur weiterzugeben wäre. Wo die jugend- und erwachsenenpädagogischen Positionen in dieser Hinsicht die Rolle der Subjektivität betonen, kann man ihnen zustimmen – mit Argumenten aus einer alten Tradition der außerschulischen Bildung, die auf die Selbsttätigkeit der Subjekte setzte. Aber das Aufgreifen einer solchen didaktischen Tradition ist nicht das Anliegen des konstruktivistischen Vorstoßes, hier wird vielmehr einerseits ein weit gehender Skeptizismus auf den Weg gebracht, der sich andererseits recht dogmatisch in seiner Gewissheit über angemessene Verfahrens- und Vorgehensweisen der Bildungsarbeit auslässt. Wissensvermittlung und Aufklärung wird der Kampf angesagt, denn sie laufen auf Belehrung hinaus, und dieses Image los zu werden gilt seit der „affirmativen Wende“ (Ahlheim) der Weiterbildung als die Hauptaufgabe einer zeitgemäßen politischen Bildung.

Bei Hufer wird dieser Vorstoß nicht geteilt, aber es macht sich eine Spannung geltend zwischen der Verteidigung „klassischer“ politischer Bildungsarbeit, die „auf Aufklärung, Urteilsbildung und Informationen“ setzt (ebd., 45), und der propagierten, konstruktivistisch inspirierten „Ermöglichungsdidaktik durch Moderation“ (ebd., 24). Dieses Spannungsverhältnis wird durch die angebotenen Theorie-Elemente aus Sozialpsychologie, Aggressions- oder Extremismusforschung nicht geklärt, sondern verschärft.

Hufer hält – auch in seinen späteren Publikationen zu dem Thema (vgl. z.B. Hufer 2006) – an der Aufklärungsfunktion von politischer Bildungsarbeit fest. Seine Einbeziehung der Ermöglichungsdidaktik soll diese Funktion nicht in Frage stellen, sondern notwendige Ergänzungen – Stichwort: Subjektrolle der Lernenden – anbringen, die freilich gar nicht so neu und akut sind, wie immer behauptet. Das Zusammenbringen solcher Positionen zeigt, dass ein Harmonisieren widerstreitender Auffassungen nicht weiterhilft – eine Harmonisierung übrigens, die der Erwachsenenpädagoge Siebert in dem erwähnten Aufsatz ebenso andeutet, wenn er an der „Selbstaufklärung“ und den vielfältigen „Wirklichkeitskonstrukten“ der sogar aufgewerteten „Wissensnetze“ festhält (Siebert 2000, 14). Im Bild des Stammtischs gesprochen: Ein moderater Wirt, der seine Gäste einfach ermahnt, sich zu vertragen und über alle Differenzen hinweg ein Prosit der Gemütlichkeit auszubringen, ist eben auch nicht die Idealfigur.

Politische Inhalte ernst nehmen!

Gloël und Gützlaff haben 2005 ihren Argumentationsleitfaden vorgelegt, der explizit die Position vertritt, „dass rechtsradikale Standpunkte Jugendlicher als Überzeugungen ernst genommen und als verkehrte und schädliche Überzeugungen argumentativ bekämpft werden müssen“ (Gloël u.a. 2005, 135), und sie fahren fort: „Die Konsequenz besteht in einem Plädoyer für eine politische Pädagogik im Umgang mit rechtsextremen Denk- und Verhaltensmustern.“ Den Autoren ist es wichtig, als Erstes festzuhalten, dass man es bei rechten und rechtsradikalen Einstellungen mit politischen Überzeugungen zu tun hat. Ihr Buch bietet neben der Auseinandersetzung mit Argumentationsfallen ein eigenes Konzept, das auf die Anforderungen der Bildungspraxis zugeschnitten ist. Es stellt in seinem Hauptteil drei Argumentationslinien gegen Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit vor und entwickelt sie Schritt für Schritt. Ausländerfeindlichkeit wird dabei als ein Unterfall von Rassismus verstanden, der jedoch wegen seiner praktischen Bedeutung in der rechten Szene ein eigenes Kapitel erhält.

Die Publikation ist im Juni 2017 in einer überarbeiteten Neuauflage erschienen (Gloël/Gützlaff/Weber 2017). In die dritte Auflage wurden natürlich die neueren Entwicklungen seit den Protesten gegen Merkels Flüchtlingspolitik einbezogen. So würdigen die Autoren neben den „zeitlosen“ Beispielen rechten Denkens und den einschlägigen Gegenargumenten die aktuellen Fassungen von Nationalismus und

Rassismus. Insbesondere sollen Stellungnahmen von Politikern der AfD, z.B. solche, die für öffentliches Aufsehen gesorgt haben, daraufhin untersucht werden, worin rechte Positionen heute bestehen und worin sie sich vom politischen Mainstream unterscheiden bzw. mit ihm übereinstimmen. Das Material des Hauptteils (die Kapitel 2 bis 4) ist für die pädagogische Situation – speziell für politische Bildung, Jugendarbeit und Jugendbildung – aufbereitet und lässt sich auch unmittelbar für Seminareinheiten verwenden. Ausgangspunkt sind jeweils kurze Zitate, Zeitungsausschnitte, Infoboxen, Karikaturen etc. An diese schließen sich Rückfragen an, die zu einer thesenförmig durchgeführten Gegenposition überleiten, dabei auch auf pädagogische Bedenken oder Schwierigkeiten eingehen. Abschließend wird in jedem Kapitel die Logik des Argumentationsgangs resümiert.

Die Argumentation nimmt ihren Ausgang bei der abstrakten Identität, die der Patriotismus stiftet. In diesem fundamentalen Akt, der von den gesellschaftlichen Unterschieden und den jeweiligen Akteuren mit ihren Interessen, Zwecksetzungen etc. absieht, kritisieren die Autoren einen besonderen Fall von Identitätsbildung: Wer von der gesellschaftlichen Realität der Gegensätze unterm Blickwinkel der Volkseinheit abstrahiert, fasst nur noch die Differenz zu den anderen nationalen Identitäten ins Auge, die sich jeweils auf ihr völkisches Substrat berufen. Daher steht eine solche Identitätsstiftung prinzipiell in einem negativen Verhältnis zum Rest der Welt, und sie betätigt sich ja auch in einer grundsätzlichen Parteilichkeit für das „Wir“ und gegen das „Ihr“, wobei sich diese voreingenommene nationalistische Weltanschauung, dem modernen Sprachgebrauch folgend, als Patriotismus mäßigen, das „Für“ ohne das „Gegen“ praktizieren soll – ein einigermaßen haltloser Standpunkt! Aus dem negativen, abgrenzenden Verhältnis („Wir sind Papst, Weltmeister...“ – und nicht die Italiener oder Polen) folgen, wie die Autoren im Einzelnen entwickeln, Frontstellungen, die rechtsextreme Jugendliche und Erwachsene dann in ein eigenes, oppositionelles Programm übersetzen.

Das Konzept von Gloël und Co. ist eingebettet in weitere Überlegungen, die sich mit Ansatzpunkt, Selbstverständnis und Reichweite pädagogischer Bemühungen gegen Rechts befassen. Im einleitenden Kapitel gehen sie der Frage nach, worin der Rechtsruck besteht und was seine Gründe sind bzw. wie sie aus offiziellem Blickwinkel ins Visier genommen werden. Zu der Frage, warum sich Menschen rechten politischen Vorstellungen, Parteien und Organisationen anschließen, werden fünf gängige Erklärungen („Angst“, „Soziale Unzufriedenheit“, „Einfache Lösungen“, „Unzufriedenheit mit den Eliten“, „Populismus und Rattenfängerei“) mit entsprechenden Gegenthesen der Autoren geboten. In einem zweiten Schritt wird thematisiert, wie die etablierte Politik auf den Rechtsruck reagiert. Dabei kommen auch die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen etablierten und rechten Parteien zur Sprache.

Das Schlusskapitel bilanziert und diskutiert die Schwierigkeiten der pädagogischen Arbeit in einem Überblick zu den „Wegen und Holzwegen politischer Bildung gegen Rechts“. Ein

wichtiger Punkt ist hier das Verhältnis von Diskriminierung und Sprache, das gerade in der rassismuskritischen Bildung eine Rolle spielt. Sprachkritik, heißt es, kann den Auftakt zur Kritik der entsprechenden Auffassungen bilden; das gängige Vorgehen „leistet das aber gerade nicht“ (ebd., 169). Denn auch hier, wo der (öffentliche) Diskurs zum Thema gemacht wird, gerate der politische Inhalt leicht aus dem Blickfeld, weil die Form der Äußerung in den Vordergrund rücke: „Indem nach diskriminierenden Termini gesucht und ihre Nutzung unterbunden werden soll, wird die abwertende *Wortwahl* zu einem maßgeblichen Feld der politischen Betätigung erklärt, der *Sprachgebrauch* wird korrigiert. Die in als abwertend klassifizierten Kategorien wie ‚Behinderte‘ oder dem N-Wort angewandten *Maßstäbe* sowie *die Gründe*, nach denen Menschen (gruppenbezogen) abgewertet werden, geraten bei einer auf bloße Sprachkorrektur zielenden Kritik in den Hintergrund.“ (Ebd.) Des Weiteren geht es um Ansätze, die im Unterricht und in der außerschulischen Bildung eine Rolle spielen (Besuche von Gedenkstätten, Konfrontation mit Zeitzeugen, Erzeugen von Betroffenheit).

Die Autoren zeigen an konkreten pädagogischen Beispielen (Beschäftigung mit dem rechtsextremen Lifestyle u.a.), dass selbst da, wo sich Bildungsarbeit zuständig fühlt und einen Diskurs beginnt, nicht automatisch eine politisch-argumentative Gegnerschaft zu nationalistischen und rassistischen Positionen aufgebaut wird. Ein klassischer Fall ist der Versuch, den rassistischen Vorurteilen ein positives Ausländerbild entgegenzusetzen (vgl. ebd., 147ff). Im Grundsätzlichen ist das bereits mehrfach kritisiert worden, z.B. von Christoph Butterwegge, der bereits einige Veröffentlichungen zur Ausländerfeindlichkeit und zur Rolle der Medien vorgelegt hat. In der konkreten Durchführung – so auch im Sammelband von Butterwegge/Hentges 2005 – kommt allerdings der Topos des guten Ausländers immer wieder zu Ehren. Die – potenzielle – Nützlichkeit von Migration wird ja auch im Rahmen der neuen deutschen Flüchtlingspolitik gerne herausgestellt. Wenn man den großen empirischen Untersuchungen, etwa der von Wilhelm Heitmeyer herausgegebenen Jahrbuch-Reihe „Deutsche Zustände“ (2002-2012), folgt, hat man es bei dem Spruch von den Ausländern, ‚die uns die Arbeitsplätze wegnehmen‘, mit dem zentralen xenophoben Klischee zu tun.

Hier wäre es grundfalsch, Rassisten damit zu beschwichtigen, dass Ausländer die Drecksarbeit machen oder vorwiegend im Niedriglohn- und Saisonarbeiter-Sektor beschäftigt sind. Die Schwäche einer solchen Argumentation besteht darin, dass sie gegen Rassisten und Nationalisten die Harmlosigkeit bzw. Brauchbarkeit von Ausländern mit Verweis auf Arbeitsmarkt oder Rentenkasse ins Feld führt, also im Grunde die brutal diskriminierende Logik teilt, sie nur nicht in der speziellen Schärfe am betreffenden Objekt zulassen will. Das ist der Grundtypus hilfloser, kontraproduktiver Kritik – und davon gibt es leider im pädagogischen Feld eine Menge. Die neue Arbeitshilfe von Gloël, Gützlaff und Weber deckt solche Schwachstellen auf, belässt es aber nicht dabei, sondern stellt sich selber der Aufgabe, eine sinnvolle Strategie zu finden: Im 4. Kapitel (Gloël u.a. 2017, 121ff) z.B. sind

die besagten Arbeitsplätze und ihre vermeintlichen nationalen Besitzer Thema. An dieser Variante des Nationalstolzes lässt sich ja die Dummheit des rechten Weltbildes exemplarisch kritisieren – wie gesagt, wenn sich Pädagoge und Pädagogin für diese Ebene rationaler Auseinandersetzung entscheiden statt den üblichen Ausgrenzungs- oder Vereinnahmungsstrategien zu folgen.

P.S. Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass die Bundeszentrale für politische Bildung im letzten Jahr ebenfalls ein „Argumentationstraining gegen rechte Parolen“ veröffentlicht hat (bpb 2016). Die Autorinnen vom e.V. „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ vermerken im Begleitheft ausdrücklich, dass der eigentliche Anstoß dazu von Hufers Trainingskonzept ausging.



Literatur

- Klaus Ahlheim (Hg.), Die Gewalt des Vorurteils. Schwalbach/Ts. 2007.
- Klaus Ahlheim/Bardo Heger, Vorurteile und Fremdenfeindlichkeit – Handreichungen für die politische Bildung. Schwalbach/Ts. 1999.
- bpb – Bundeszentrale für politische Bildung, Widersprechen, aber wie? Argumentationstraining gegen rechte Parolen. Bonn 2016 (Bestell-Nr. 2206, online: <http://www.bpb.de/shop/buecher/einzelpublikationen/218605/widersprechen-aber-wie>).
- Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.), Massenmedien, Migration und Integration – Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung. Wiesbaden 2006.
- Rolf Gloël/Kathrin Gützlaff, Gegen Rechts argumentieren lernen. Hamburg 2005 (2. Aufl., 2010).
- Rolf Gloël/Kathrin Gützlaff/Jack Weber, Gegen Rechts argumentieren lernen. Aktualisierte Neuauflage. Hamburg 2017.
- Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände – Folge 1-10. Frankfurt/M und Berlin. 2002-2012.
- Klaus-Peter Hufer, Argumentationstraining gegen Stammtischparolen – Materialien und Anleitungen für Bildungsarbeit und Selbstlernen. Schwalbach/Ts. 2000.
- Klaus-Peter Hufer, Argumente am Stammtisch – Erfolgreich gegen Parolen, Palaver und Populismus. Schwalbach/Ts. 2006.
- Björn Milbradt u.a. (Hg.), Ruck nach rechts? Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und die Frage nach Gegenstrategien. Opladen u.a. 2017.
- Johannes Schillo, Alternative politische Bildung für Deutschland – Die AfD und ihr bildungspolitischer Aufbruch. In: Magazin Auswege, Juni 2017.
- Horst Siebert, Lernen als Konstruktion von Wirklichkeit. In: Kursiv – Journal für politische Bildung, Nr. 2, 2000, S. 12-15.

Über den Autor

Johannes Schillo (*1949), Staatsexamen in Literatur- und Sozialwissenschaft, Journalist, bis 2015 Redakteur von Fachzeitschriften der (politischen) Weiterbildung.

Veröffentlichungen:

Schillo, J. (2015, Hrsg.): Zurück zum Original. Zur Aktualität der Marxschen Theorie. VSA Verlag

Kontakt:

schillo@t-online.de

AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag

Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht

www.magazin-auswege.de

antwort.auswege@gmail.com